

Boss, Alfred; Flemig, Günter; Soltwedel, Rüdiger; Walter, Norbert

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung geht zu Ende

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Flemig, Günter; Soltwedel, Rüdiger; Walter, Norbert (1984) :
Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung geht zu Ende, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652,
Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 20-33

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3160>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Aufschwung geht zu Ende

Von Alfred Boss, Günter Flemig, Rüdiger Soltwedel und Norbert Walter

1. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung, die um die Jahreswende 1982/83 eingesetzt hatte, ist im Frühjahr 1984 unterbrochen worden. Während sich noch im April, zur Hannovermesse, die günstigen Konjunktureinschätzungen häuften, weist die Statistik nun bereits für März/April einen deutlichen Rückgang von Produktion und Auftragseingang aus. Seit Jahresbeginn hat sich auch die Besserung am Arbeitsmarkt nicht fortgesetzt. Die Kurse am Aktienmarkt und die Ergebnisse der Ifo-Umfragen signalisieren ebenfalls, daß die Aufwärtsentwicklung unterbrochen ist. Im zweiten Quartal dürften die unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung zu nennenswerten Produktions- und Nachfrageausfällen geführt haben.

2. Ob sich der Aufschwung im zweiten Halbjahr 1984 fortsetzt, ist zweifelhaft. Zwar sind die Exportchancen - auch wegen der weiter verbesserten Preiswettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft - weiterhin günstig. Die Inlandsnachfrage dürfte aber wohl zur Schwäche neigen, weil die Geldpolitik seit einiger Zeit eher restriktiv ist. Die Investitionsneigung wird zudem zusätzlich beeinträchtigt werden, falls man bei der Tarifauseinandersetzung zu einem Abschluß kommen sollte, der eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit beinhaltet; verschlechterten sich doch dadurch die Gewinnaussichten wieder.

Die Hoffnung auf wieder höhere Wachstumsraten ist geschwunden, da es an einem schlüssigen Konzept zur steuerlichen Entlastung der Bürger ebenso fehlt wie an einem Abbau von Subventionen. Im Gegenteil, die Subventionen wurden - und nicht nur für die Landwirtschaft - weiter erhöht.

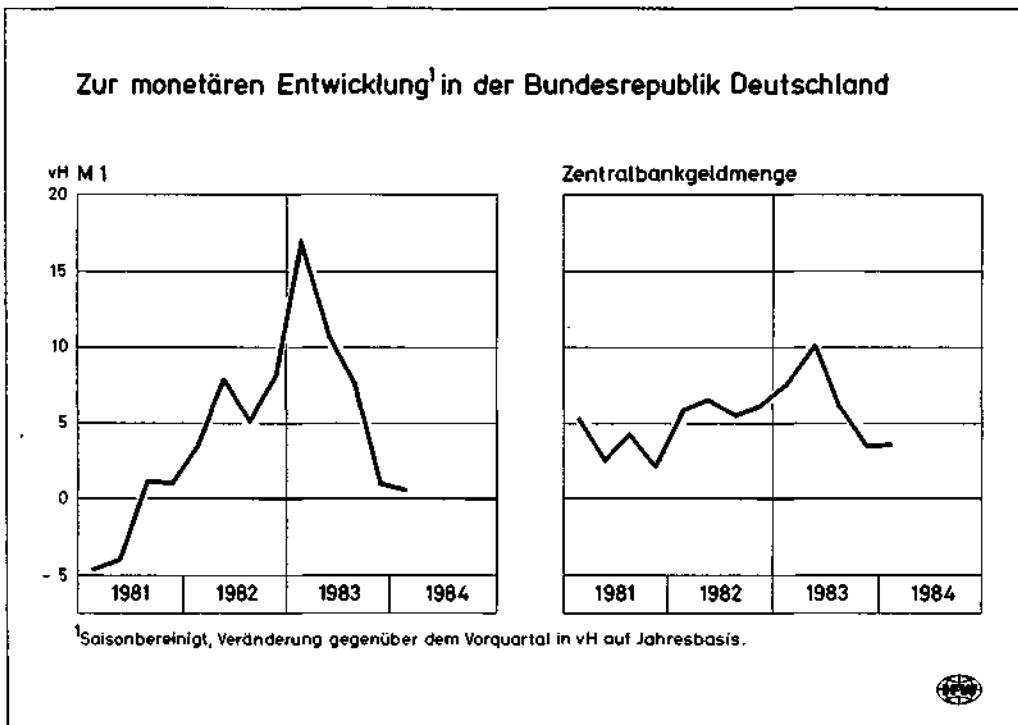
Damit ist es wahrscheinlich, daß es nach der Unterbrechung im Frühsommer zwar zu einer technisch bedingten Erholung kommt, die Konjunktur aber nicht wieder an Kraft gewinnt. Insgesamt wird das reale Sozialprodukt wohl nur noch im Ausmaß des Potentialwachstums zunehmen.

Unstetige Geldpolitik

3. Zwar hat die Bundesbank seit geraumer Zeit in einem formalen Sinn ihre geldpolitischen Ankündigungen eingehalten; im Verlauf des Kalenderjahres hat sie sich freilich einen breiten Ermessungsspielraum eingeräumt. So erreichte die Bundesbank ihr Geldmengenziel im Jahr 1983 nur dadurch, daß sie auf die außergewöhnlich hohe Expansion des Geldvolumens bis zur Jahresmitte eine Periode extrem knapper Ausweitung folgen ließ. Diese Charakterisierung gilt für die Zielgröße der Bundesbank, das Zentralbankgeld; sie gilt noch mehr für den Verlauf der Geldmenge M1 (Schaubild 1).

4. Um Inflationserwartungen nicht Nahrung zu geben, war es im Sommer 1983 durchaus angemessen, die monetäre Expansion zu vermindern. Die Geldmengenausweitung seither war aber so knapp, daß damit wahrscheinlich die Konjunktur deutlich gedämpft wurde. Allein eine Wechselkursorientierung bei relativ hohem Dollarkurs und die relativ hohen Zinsen in den Vereinigten Staaten erklären das Verhalten der Notenbank. Andere Zielgrößen für die Bundesbankpolitik dagegen hätten für eine weniger restriktive Politik gesprochen: Weder war die deutsche Konjunkturentwicklung überschäumend, noch deutete die Preisentwicklung auf Überhitzungerscheinungen hin.

Schaubild 1



5. Der künftige Kurs der Geldpolitik ist außerordentlich schwer abzuschätzen. Der entscheidende Grund ist die Unsicherheit darüber, ob die amerikanische Geldpolitik demnächst expansiv oder restriktiv sein wird. Für eine Politik eher leichten Geldes in den Vereinigten Staaten spricht, daß gegen Jahresende Präsidentschaftswahlen stattfinden und amerikanische Geschäftsbanken nach wie vor erhebliche Liquiditätsprobleme wegen notleidender Kredite verzeichnen. Für eine engere Politik der amerikanischen Notenbank sprechen die nunmehr anziehenden Inflationsraten und – mindestens fürs erste – die günstigen Konjunkturdaten.

Für die Bundesbank entstehen aber auch aus Entscheidungen der Tarifparteien und der Wirtschaftspolitik – zumindest in ihrem eigenen Urteil – Handlungszwänge. Kommt es durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu höheren Arbeitskosten und einer Verminderung der Flexibilität beim Einsatz von Arbeitskräften, so vermindert sich der – inflationsneutrale – Expansionsspielraum für die Geldmenge. Gleichermaßen gilt, wenn die Verantwortlichen für die Wirtschaftspolitik weder den Subventionsabbau noch eine substantielle Steuerentlastung beschließen. Beides wäre erforderlich, um vorhandene Produktivkräfte mehr als bislang zu nutzen, wäre doch eine bessere Allokation und Motivation damit erreichbar. Da sich die wachstumsbehindernde Tarif- und Wirtschaftspolitik in einer tendenziell schwachen Bewertung der DM am Devisenmarkt niederschlagen dürfte, liegt die Vermutung nahe, daß die Bundesbank eher eine Politik relativ knappen Geldes betreiben wird.

6. Für 1984 waren zunächst überwiegend expansive Impulse von der Geldpolitik zu erwarten; mit retardierenden Einflüssen der seit Herbst 1983 restriktiven Geldpolitik wurde erst im späteren Verlauf des Jahres 1984 gerechnet. Insofern überrascht die Schwäche der Inlandsnachfrage im Frühjahr. Da in der nächsten Zeit – ausgehend von äußerst knapper

Geldmengenausweitung – lediglich mit einer leichten Beschleunigung dieses Tempos zu rechnen ist, bleiben die monetären Anstöße für die Konjunktur auch für 1985 begrenzt.

Finanzpolitische Impulse werden geringer

7. Die Reaktionen auf die Investitionszulage und die Bauförderung der Jahre 1982–1983 lassen noch immer eine gewisse Wirksamkeit finanzpolitischer Maßnahmen vermuten. Die trotz der Kürzung von Sozialtransfers und niedrigerer Lohnsatzverhöhung relativ günstige Verbrauchskonjunktur läßt sich auch so interpretieren, daß Maßnahmen, die das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik wiederherstellen, die Primäreffekte von "restriktiven" Interventionen kompensieren können.

8. Im Jahr 1984 laufen die Effekte staatlicher Expansionsmaßnahmen aus. Gleichzeitig wurden die Sozialabgaben durch die Einbeziehung der Sonderzahlungen in die Sozialversicherungspflicht erhöht. Für das Jahr 1985 ist prinzipiell eine Fortführung der Konsolidierungspolitik geplant. Die staatlichen Ausgaben sollen erneut langsamer steigen als das Sozialprodukt. Die steuerliche Belastung nimmt wegen der progressiven Gestaltung der Lohn- und Einkommensteuer zu. Einiges spricht dafür, daß es – abweichend von bisheriger Planung – höhere Ausgaben für Subventionen und Personal geben wird.

9. Wirtschaftspolitische Beschlüsse, die demnächst getroffen werden, aber erst 1986 oder danach in Kraft treten, könnten schon 1984 oder 1985 vertrauensbildend wirken. Besonders wichtig wäre es, die Grenzbelastung mit Lohn- und Einkommensteuer deutlich zu senken. Der vom Bundeskabinett kürzlich beschlossene zeitliche Ablauf für die Reform und die Betonung des Familienlastenausgleichs lassen jedoch nicht erwarten, daß die konjunkturelle Tendenz des Jahres 1985 nennenswert begünstigt wird. Noch wichtiger ist aber, daß dem Wachstumsprozeß kaum Anregungen gegeben werden, konnte man sich doch nicht dazu durchringen, die Leistungs- und Investitionsbereitschaft rasch und durchgreifend zu fördern.

Mäßiger Anstieg von Einkommen und Verbrauch

10. Im Frühjahr hielt die leichte Zunahme des verfügbaren Realeinkommens der privaten Haushalte, die schon 1983 zu beobachten war, an. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit nahmen zum Teil aufgrund des steigenden Beschäftigungsvolumens zu, zum Teil aber auch deshalb, weil Sonderzahlungen (u.a. Urlaubsgeld) zur Verringerung der Belastung durch Sozialbeiträge bereits zu Jahresbeginn geleistet worden sind. Die Übertragungseinkommen sind nicht mehr gestiegen; Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld wurden eingeschränkt, staatliche Leistungen im sozialen Bereich zurückgenommen.

11. Die jüngsten Meldungen aus dem Einzelhandel signalisieren, daß die Zuversicht der Konsumenten, die bis zum Beginn des Jahres zu beobachten war, durch die Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung zumindest vorübergehend gedämpft wurde. Die vermehrte Zahl von Sonderangeboten, stagnierende Zulassungszahlen bei Pkws und die Zurückhaltung bei den Urlaubsbuchungen sind Indiz für diese Tendenz. Insgesamt dürften die privaten Verbrauchsausgaben im ersten Halbjahr 1984 nur wenig über das relativ hohe Niveau des Jahres 1983 hinaus gestiegen sein.

12. Nach den streikbedingten Einkommensrückgängen im zweiten Quartal – hier wird angenommen, daß die Streiks noch vor den Sommerferien beendet werden – dürften die realen verfügbaren Einkommen im zweiten Halbjahr wieder etwas zunehmen. Da keine

zusätzlichen Einschränkungen bei den sozialen Leistungen geplant sind, werden die Transfereinkommen eher etwas stärker steigen als bisher. Die erratische Wirtschaftsentwicklung und die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit kaum weiter sinken dürfte, wird dazu führen, daß sich die seit einiger Zeit zu beobachtende Tendenz zur Verringerung der Sparquote nicht fortsetzt. Der reale private Verbrauch wird somit 1984 insgesamt etwa so stark steigen wie das reale verfügbare Einkommen, nämlich mit rund 1 vH.

13. Da im Jahr 1985 eine konjunkturelle Schwächetendenz, nicht aber eine krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation erwartet wird, dürften die Verbraucher versuchen, ihr Verbrauchsniveau mindestens aufrechtzuerhalten, eventuell über eine Verringerung der Sparquote. Letzteres gälte insbesondere dann, wenn unter dem Einfluß einer Arbeitszeitverkürzung die Realeinkommen nicht mehr zunähmen.

Investitionstätigkeit relativ lebhaft

14. Die Entwicklung der Investitionstätigkeit wurde in der letzten Zeit maßgeblich durch die Fristenregelung für die Investitionszulage bestimmt. Dementsprechend kam es zum Jahresende 1983 zu einer schubartigen Zunahme der Auslieferungen von Investitionsgütern, der zu Beginn des Jahres 1984 ein Rückgang folgte. Sieht man von den kurzfristigen Verzerrungen ab, steigen die Ausrüstungsinvestitionen seit dem dritten Quartal 1982 mit einer Jahresrate von etwa 8 vH und damit nicht langsamer als im Aufschwung 1975/76.

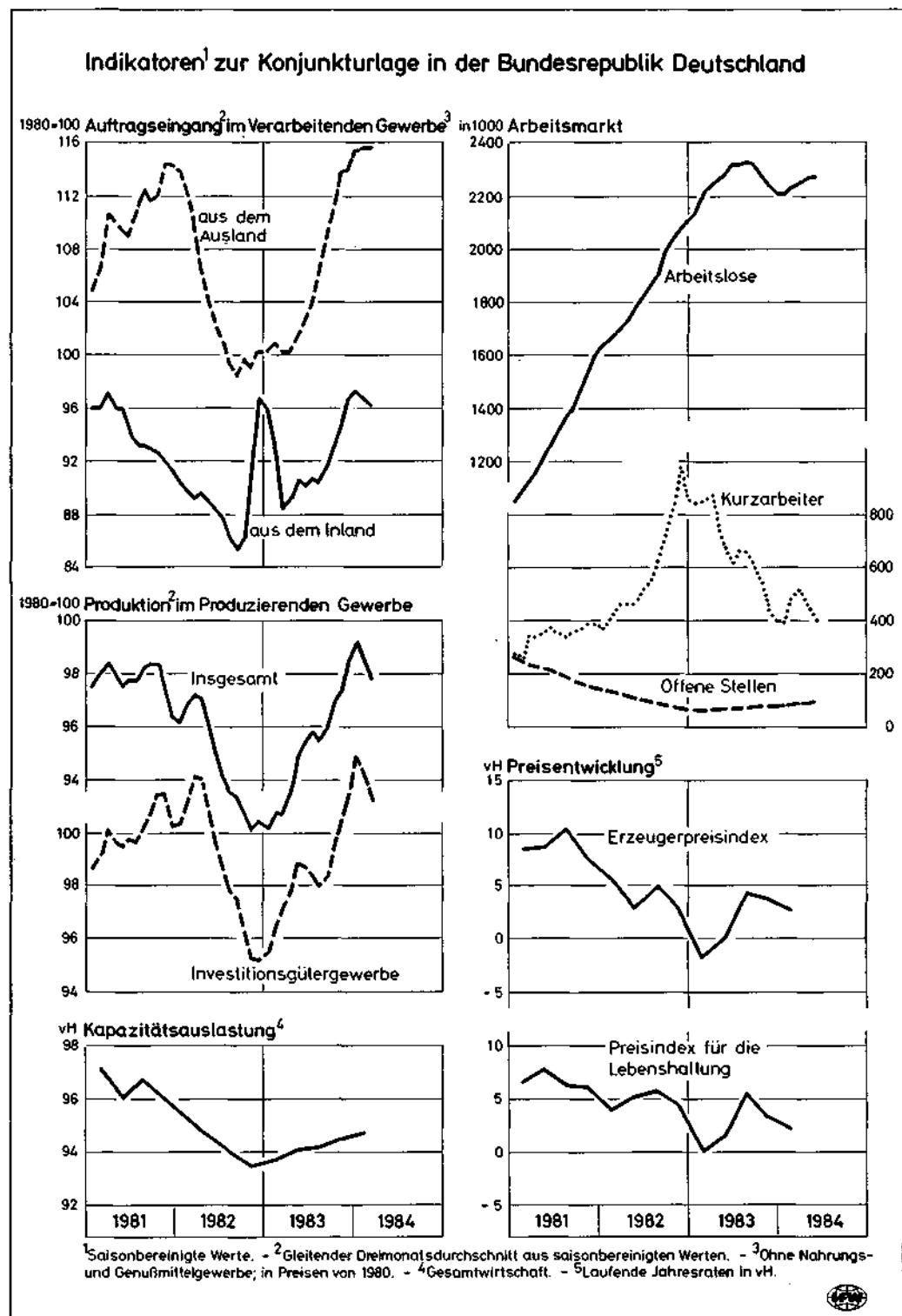
15. Die Investitionsneigung, gemessen an den Auftragseingängen in der Investitionsgüterindustrie, nimmt seit dem Sommer 1983 – das heißt nach Auslaufen der "Störungen" durch die Investitionszulage – deutlich zu (Schaubild 2). Der Anstieg hat bis zum Frühjahr 1984 angehalten und erfaßte nahezu alle Bereiche der Investitionsgüterherstellung. Die Investitionsneigung wurde gefördert durch bessere Absatzaussichten und eine günstigere Gewinnentwicklung.

Die Gewinne sind aufgrund der Kostenentlastung bei Rohstoffen und beim Einsatz des Faktors Arbeit gestiegen; auch die erhöhten Gewinnmargen und Marktanteile im Auslandsgeschäft sowie die zum Teil verminderte steuerliche Belastung spielen eine Rolle.

16. Gegenwärtig wird die Investitionsneigung zweifellos durch die Diskussion über und die Arbeitskämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit beeinträchtigt. Die Furcht vor einer Zunahme der staatlichen und tarifvertraglichen Reglementierungen und vor steigenden Kosten dürfte die Realisierung manches Investitionsprojektes verzögern oder in Frage stellen. Von dem Ergebnis des Tarifkonflikts und den daraus resultierenden Belastungen der Unternehmen hängt es ab, in welchem Ausmaß die Investitionsneigung beeinträchtigt wird.

In dieser Prognose wird angenommen, daß es zu einer – quantitativ nicht sonderlich umfangreichen – generellen Verkürzung der Arbeitszeit kommen und daß diese auch zu zusätzlichen Kosten für die Unternehmen führen wird. Deshalb wird mit einer Verminde rung der Investitionsdynamik gerechnet. Wahrscheinlich ist es, daß die Investitionsneigung durch die Orientierung der Steuerreform an Umverteilungszielen und die Fortführung der allokativenverzerrenden Subventionspolitik beeinträchtigt wird. Die Zuwachsrate der Investitionstätigkeit dürfte sich im Jahresdurchschnitt von 1984 auf 1985 etwa halbieren. Anhaltender Kostendruck und die weitere Erschwerung des flexiblen Einsatzes von Arbeitskräften wird die Investitionstätigkeit forciert in die Rationalisierung lenken.

Schaubild 2



Scheinblüte in der Bauwirtschaft

17. Der Baubereich ist überraschend bereits im Jahr 1984 durch Schwächetendenzen gekennzeichnet. Während die Bauproduktion noch durch die Wirkungen staatlicher Maßnahmen gestützt wird, setzt sich der Rückgang der Nachfrage fort, die um die Jahreswende 1982/83 künstlich durch staatliche Maßnahmen erhöht worden war. Lediglich im Tiefbau hielt der schwache Anstieg – allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau – an.

Die Bauproduktion wird somit weitgehend von den Auftragsbeständen alimentiert. Diese werden freilich bis Jahresende 1984 deutlich reduziert sein. Dies gilt für den gewerblichen Bau, wo die von der Investitionszulage begünstigten Bauten bis Jahresende fertiggestellt sein müssen. Ähnliches trifft aber auch für den Wohnungsbau zu, wo eine Fertigstellung von Bauvorhaben nach dem Bauherrenmodell wegen des Auslaufens von Subventionen bis zum Frühjahr 1985 erforderlich ist, wenn die bisher geltende Befristung bis zum Jahresende 1984 – wie geplant – verlängert wird.

18. Der Rückgang der Baunachfrage dürfte in erster Linie eine Reaktion auf den zuvor steilen, durch staatliche Maßnahmen induzierten Anstieg sein, zum Teil hängt er wahrscheinlich aber auch mit den hartnäckig hohen Zinsen zusammen. Die Zurückhaltung der Bauherren gründet sich gegenwärtig sowohl auf die Erwartung, daß es bald wieder ein staatliches Bauförderungsprogramm geben wird und sich damit ein Verschieben der Baupläne lohnt, als auch darauf, daß viele Wohnungen leerstehen.

Die staatliche Baunachfrage wird in nächster Zeit etwa auf dem bisherigen Niveau verharren, da viele Gemeinden ihre finanzielle Situation verbessert haben. Der Rückgang der Bevölkerung, insbesondere jedoch die sinkenden Schülerzahlen, reduzieren zwar den Bedarf an staatlichen Hochbauten. Dort, wo der Staat für Entsorgung und Kommunikation zuständig ist, eröffnen sich aber für die nächste Zeit expansionsträchtige Betätigungsfelder.

Nach einer noch nennenswerten Zunahme der Bauinvestitionen in diesem Jahr ist 1985 kaum noch mit einem Anstieg zu rechnen. Es steht zu vermuten, daß dann die Rufe nach staatlichen Aufträgen und neuer Subventionierung des Baubereichs unüberhörbar werden.

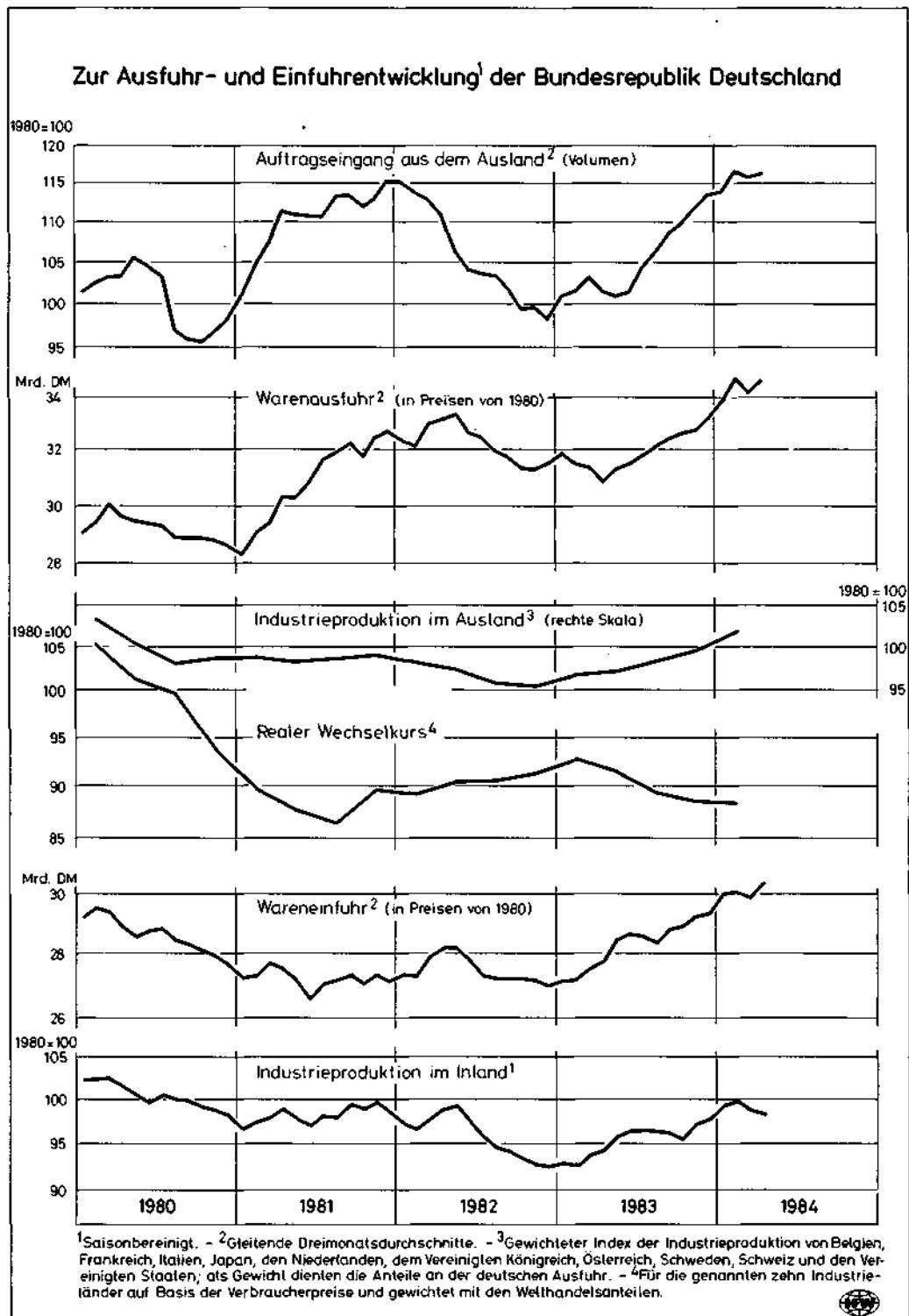
Kräftige Impulse vom Ausland

19. Von der Auslandsnachfrage gehen seit Mitte 1983 starke Impulse auf die Konjunktur aus (Schaubild 3). Die reale Warenausfuhr nahm – nach dem kräftigen Anstieg im zweiten Halbjahr 1983 – auch im ersten Vierteljahr 1984 nochmals mit einer Jahresrate von mehr als 10 vH zu.

Besonders große Exporterfolge erzielte die deutsche Industrie auf dem amerikanischen Markt: Die Lieferungen nehmen mit einer Jahresrate von mehr als 50 vH zu. Der Exportmarkt Vereinigte Staaten übertrifft inzwischen an Bedeutung sowohl die Entwicklungsländer als auch die OPEC-Länder. Dieser Exportboom kam zustande, weil die amerikanische Inlandsnachfrage rasch expandierte und weil sich die DM gegenüber dem US-Dollar stark abwertete.

Nachdem die konjunkturelle Belebung auch auf die westeuropäischen Länder übergegriffen hatte, nahm die Nachfrage dieser Länder – zuletzt sogar die von Frankreich – ebenfalls deutlich zu. Der Rückgang der Exporte in die OPEC-Länder ist zum Stillstand gekommen, offenbar haben diese Länder ihre Einfuhrpläne inzwischen an die gesunkenen Ölennahmen angepaßt. Die Entwicklung der Ausfuhr in diesen Raum wird allerdings durch die anhaltend starke Zunahme der Lieferungen nach dem Iran entscheidend geprägt.

Schaubild 3



20. Günstig für die weitere Entwicklung des deutschen Exports dürfte es sein, daß sich die Expansion der Auslandsnachfrage immer mehr auf die traditionell starken Zweige der deutschen Exportindustrie – Maschinenbau, Kraftfahrzeugindustrie und elektrotechnische Industrie – verlagert und nicht mehr so sehr von der Grundstoffindustrie getragen wird. Dies gilt insbesondere für die deutsche Ausfuhr in westeuropäische Länder.

21. Die Nachfrage der Entwicklungsländer nach deutschen Waren wird nur mäßig expandieren. Die weltwirtschaftliche Belebung und die damit auch für die Rohstoffproduzenten verbesserten Absatzchancen werden die Entwicklungsländer wahrscheinlich zwar in den Stand setzen, ihrerseits verstärkt Waren zu importieren. Auch dürfte die deutsche Industrie dank der günstigen Preiswettbewerbsposition hier Marktanteile gewinnen. Die Nachfrage dieser Ländergruppe insgesamt wird aber dadurch gebremst, daß die Schuldenprobleme mehrerer Länder nicht gelöst, sondern durch den Zinsanstieg auf den internationalen Finanzmärkten sogar verschärft wurden. Die Importnachfrage der OPEC-Länder wird wohl nicht weiter sinken, da sich mit dem weltwirtschaftlichen Aufschwung die Ölennahmen stabilisiert haben.

Die Zunahme der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten wird sich im Verlauf von 1984 verringern, wenn sich dort die konjunkturelle Expansion verlangsamt. Angesichts des weiter bestehenden großen Konkurrenzvorteils der deutschen Anbieter und der bei hoher Kapazitätsauslastung in den Vereinigten Staaten anhaltenden Lieferengpässe wird die Zunahme der deutschen Exporte in die Vereinigten Staaten jedoch in nächster Zeit relativ kräftig bleiben.

22. Insgesamt wird damit die Auslandsnachfrage die Konjunktur auch im weiteren Verlauf des Jahres 1984 stützen. Erst 1985 wird unter dem Einfluß der Abschwächung der weltwirtschaftlichen Expansion auch das Tempo der Zunahme deutscher Exporte geringer werden.

Nur mäßige Zunahme des Sozialprodukts

23. Das Tempo der konjunkturellen Erholung schwankte aufgrund einer Vielzahl von Sondereinflüssen, zumeist ausgehend von der Wirtschaftspolitik, beträchtlich. Die durchschnittliche Expansionsrate betrug in den fünf Quartalen bis zum Frühjahr 1984 rund 3 vH. Streikbedingt wird das reale Sozialprodukt im zweiten Quartal 1984 vermutlich bestenfalls stagniert haben. Da mehr für als gegen eine Beendigung des Streiks vor den Sommerferien spricht, dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal wieder steigen. Wenn die Dynamik nicht aus anderen Gründen Schaden genommen hat oder nimmt, wäre sogar eine kräftige kompensierende Zunahme zu erwarten. Da Wirtschafts- und Lohnpolitik zuletzt eher Vertrauen zerstört als gefördert haben, wird das Sozialprodukt wohl nur mäßig zunehmen. Gegen Jahresende werden die Effekte finanzpolitischer Maßnahmen freilich nochmals zu einem Produktionsanstieg führen. Für das Jahr insgesamt dürfte der Zuwachs des realen Sozialprodukts reichlich 2,5 vH betragen (Tabelle 1).

24. Für die laufende Entwicklung des Jahres 1985 wird wahrscheinlich eine gedämpfte Entwicklung sowohl der Binnen- als auch der Auslandsnachfrage kennzeichnend sein. Das reale Sozialprodukt wird wohl in der Größenordnung des Potentialwachstums zunehmen. Die Unsicherheitsmarge ist jedoch relativ groß, da die geld-, finanz- und lohnpolitischen Entscheidungen kaum verlässlich abzugreifen sind.

Arbeitsmarktprobleme ungelöst

25. Der Aufschwung, der um die Jahreswende 1982/83 eingesetzt hatte, hat – wie in früheren Aufschwungsphasen – mit Verzögerung auf den Arbeitsmarkt gewirkt. Die realen Lohn-

Tabelle 1 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
1980–1985
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH –

	1980	1981	1982	1983	1984 ¹	1985 ¹
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	7,0	4,7	3,0	4,0	3,5	4,5
Staatsverbrauch	8,9	6,7	2,4	2,5	3,5	3,5
Ausrüstungsinvestitionen	6,9	0,6	-2,7	8,1	9,0	6,5
Bauinvestitionen	13,5	-0,3	-2,7	2,5	8,0	3,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(18,9)	(1,2)	(6,6)	(18,7)	(25,0)	(23,0)
Ausfuhr	12,4	15,4	8,1	0,5	11,0	6,5
Einfuhr	16,6	11,3	3,1	0,3	9,0	5,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(-3,11)	(13,21)	(38,40)	(39,55)	(54,0)	(66,0)
Bruttonsozialprodukt	6,5	3,9	3,6	4,5	5,5	5,0
Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1976						
Privater Verbrauch	1,4	-1,2	-2,2	1,0	1,0	1,5
Staatsverbrauch	2,6	1,5	-1,0	-0,2	1,0	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	2,5	-3,5	-6,6	5,7	6,0	3,5
Bauinvestitionen	3,7	-4,7	-3,9	0,9	4,0	0,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(15,3)	(0,8)	(5,1)	(14,2)	(18,5)	(14,0)
Ausfuhr	5,5	8,7	3,7	-0,9	8,0	4,0
Einfuhr	3,9	1,3	0,8	0,8	6,5	2,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(17,76)	(45,30)	(57,55)	(50,74)	(60,0)	(69,0)
Bruttonsozialprodukt	1,9	-0,3	-1,1	1,3	2,5	2,0
Preisniveau des Bruttonsozialprodukts (1976 = 100)						
Privater Verbrauch	5,6	6,0	5,3	2,9	3,0	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	4,3	4,3	4,3	2,2	3,0	3,0
Bauinvestitionen	9,4	4,5	1,3	1,6	3,5	3,0
Ausfuhr	6,5	6,0	4,2	1,5	3,0	2,0
Einfuhr	12,2	9,8	2,3	-0,5	2,5	2,0
Bruttonsozialprodukt	4,4	4,2	4,8	3,2	3,0	2,5
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1976						
Arbeitsvolumen	0,2	-1,9	-2,2	-1,5	0,5	0
Produktivität	1,6	1,9	1,2	2,4	2,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	1,8	* 0	-1,0	0,9	2,5	2,0
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	5,7	3,2	3,3	4,2	5,5	4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen	-0,9	-0,8	6,8	11,2	9,0	5,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	8,4	4,7	2,1	1,7	4,0	4,5
dito in vH des Volkseinkommens	73,3	74,3	73,4	71,6	71,0	70,5
Lohnkosten je Produktseinheit ²	6,0	4,5	3,4	1,0	1,5	2,5
Staat ³						
Einnahmen	7,1	4,5	4,8	3,9	5,5	4,0
Ausgaben	8,0	5,9	3,9	2,4	3,5	3,0
Finanzierungssaldo (Mrd. DM)	-46,7	-59,1	-55,2	-45,3	-32,0	-25,0

¹ Geschätzt. – ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlands-
produkt je Erwerbstätigen. – ³ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

stückkosten in der Gesamtwirtschaft sind im ersten Halbjahr 1983 – zum Teil zyklisch bedingt – deutlich zurückgegangen. Dies hat nach unserer Einschätzung dazu beigetragen, daß sich der Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Verlauf des vergangenen Jahres merklich verlangsamt und nach der Jahreswende 1983/84 nicht mehr fortgesetzt hat. Die in den Unternehmen vorhandenen Reserven beim Arbeitsvolumen wurden zunehmend ausgeschöpft. Dies vollzog sich – wie auch 1975 – vor allem über einen Abbau der Kurzarbeit; die Zahl der Kurzarbeiter sank von deutlich mehr als einer Million im Winterhalbjahr 1982/83 auf weniger als 400 000 bis zum Mai 1984. Auch die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, gemessen an der Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen, signalisierte, daß Bewegung in den Arbeitsmarkt gekommen war: Während zum Tiefpunkt im vierten Quartal 1982 rund 90 000 offene Stellen pro Monat zusätzlich gemeldet wurden, waren es im Frühjahr 1984 sogar knapp 130 000.

26. Im Verlauf des Jahres 1983 verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Dies lag auch daran, daß die Zahl jener, die sich jeweils zusätzlich arbeitslos meldeten, spürbar abnahm: Im Winterhalbjahr 1982/83 hatten sich noch rund 320 000 Personen monatlich neu als arbeitslos gemeldet, im vierten Quartal 1983 waren es rund 20 000 weniger. Der Bestand an Arbeitslosen (saisonbereinigt) sank von 2,32 Millionen im Sommer 1983 auf 2,2 Millionen am Jahresanfang 1984. Auf diese Entwicklung hatten sich vielfach Hoffnungen gegründet, daß das Niveau der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1984 auf 2,1 Millionen gedrückt werden könnte. Diese Erwartung erscheint uns mittlerweile unrealistisch, ist doch die Zahl der Personen, die sich im Verlauf eines Monats neu arbeitslos melden, wieder gestiegen; Ende Mai waren wieder 2,28 Millionen Arbeitslose bei der Bundesanstalt für Arbeit registriert.

27. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit wird bisweilen damit erklärt, daß sich aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage bisher nicht registrierte Arbeitslose zunehmend bei den Arbeitsmännern melden, daß also die "stille Reserve" abnimmt. Verlässlich statistische Informationen für diese These sind indes kaum verfügbar; die Zahl der Arbeitslosmeldungen, die statistisch dem Merkmal "ohne vorherige Erwerbsfähigkeit" zugeordnet werden, war jedoch mit 362 000 in den ersten fünf Monaten dieses Jahres etwas höher als im Jahr zuvor (346 000). Die Vermutung, die Erwerbsneigung habe zyklisch bedingt wieder zugenommen, ist somit eine wichtige Teilerklärung für den Anstieg der Arbeitslosigkeit.

28. Die bisherigen Lohnabschlüsse und die Äußerungen der Tarifparteien lassen es wenig wahrscheinlich erscheinen, daß die laufende Tarifrunde mit beschäftigungsorientierten Lohnabschlüssen endet. Nachhaltige Anreize, die Beschäftigtenzahl in den Unternehmen zu erhöhen, indem die Arbeitskosten gesenkt werden, dürfte es mithin nicht geben. Vor dem Hintergrund des weiter expandierenden Arbeitsangebots bestehen daher kaum Hoffnungen, daß die Arbeitslosenzahl wieder sinken wird. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß wegen der konjunkturellen Abschwächung und des zunehmenden Lohnkostendrucks die Zahl der Arbeitslosen wieder steigen wird. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosigkeit 1984 wahrscheinlich erneut bei 2 1/4 Millionen liegen. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Produktionszunahme von eher unter als über 2 vH im Jahr 1985 wird – bei zudem eher erhöhten Beschäftigungskosten – die Zahl der Arbeitslosen steigen.

29. Es erscheint notwendig, darauf hinzuweisen, daß nicht allein die Tarifpartner durch ihre Lohnvereinbarungen dazu beigetragen haben, die Beschäftigungskosten zu erhöhen; vielmehr haben auch die Lohnnebenkosten erneut vergleichsweise stark zugenommen. So ist die Sozialabgabenbelastung je Arbeitnehmer im vergangenen Jahr stärker gestiegen als die Bruttolohn- und -gehaltsumme je abhängig Beschäftigten. Auch in diesem Jahr steigt sie

durch die volle Einbeziehung der Sonderzahlungen in die Sozialversicherungspflicht. Wenn mehr Beschäftigung rentabel werden soll, ist auch dieser Teil der Beschäftigungskosten nachhaltig zu vermindern.

30. Die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird vor allem diejenigen Jugendlichen treffen, die einen Ausbildungsplatz suchen oder nach der Lehre Berufserfahrung erwerben wollen. Nicht nur die demographische Entwicklung hat dazu geführt, daß sich die Problemlage trotz der steigenden Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen kaum entschärft. Vielmehr hat sich auch dadurch, daß sich weniger junge Leute zum Studium entschließen, der Konkurrenzdruck für Berufsanfänger verstärkt. Deren Chancen werden jedoch nicht allein durch die zu geringe Lohndifferenzierung in den Tarifverträgen beeinträchtigt, sondern auch durch den rigiden Kündigungsschutz, der die Bereitschaft der Unternehmen senkt, Arbeitskräfte einzustellen – und sei es auch nur befristet –, um deren Eignung am Arbeitsplatz zu erproben. In der Legislative werden gegenwärtig Anstrengungen unternommen, die Schwierigkeiten für den Einstieg in die Beschäftigung zu vermindern, so zum Beispiel durch eine größere Flexibilität bei der Befristung von Arbeitsverträgen. Dies sind Schritte in die richtige Richtung. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten selbst entscheiden können, wie lange ein Dienstverhältnis jeweils andauern soll. Es sollte ihrer Abwägung überlassen bleiben, nach Auslaufen des Vertrags wiederum einen befristeten Vertrag zu schließen, ohne daß dadurch zusätzliche Ansprüche für eine der beiden Seiten entstehen. Das Zustandekommen eines Beschäftigungsverhältnisses, das im Interesse beider Seiten liegt, sollte nicht an den hohen Kosten, die der Bestandschutz dem Arbeitgeber aufbürdet, scheitern.

Die Tarifvertragsparteien müssen gerade wegen der großen Zahl der Ausbildungswilligen die Rentabilität der Lehrstellen erhöhen. Dies ist insbesondere auch deswegen unabdingbar, weil der Nachweis der formalen Qualifikation im Arbeitsleben der deutschen Wirtschaft eine so herausgehobene Bedeutung hat.

Ruhiges Preisklima

31. Der konjunkturelle Aufschwung vollzog sich bis zuletzt in einem ruhigen Preisklima. Auf der Verbraucherstufe stiegen die Preise in den letzten Monaten mit einer laufenden Jahresrate von etwa 2 vH, auf der Erzeugerstufe nur wenig schneller. Die Stabilisierung wurde dadurch gefördert, daß die Lohnstückkosten sanken. Die von der Schwäche der DM – insbesondere gegenüber dem US-Dollar – herrührenden Inflationsanstöße aus dem Ausland hielten sich in Grenzen, weil der anhaltend starke internationale Konkurrenzdruck bei Fertigwaren und die weiterhin schwache Position der Anbieter auf den Weltrohstoffmärkten nur einen geringen Anstieg der Weltmarktpreise zuließen.

Hier wie auch auf dem Binnenmarkt reifen damit die Früchte der in den vergangenen Jahren betriebenen Stabilisierungspolitik. Die gegenwärtig insgesamt enge Geldpolitik hält zudem die Inflationserwartungen im Zaum.

32. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist nicht mit einer nennenswerten Änderung im Preisklima zu rechnen. Das erratische, insgesamt aber eher verhaltene Expansionstempo der inländischen Nachfrage dürfte in Verbindung mit der eher knappen Geldpolitik die Preiserhöhungsspielräume eng begrenzen. Vom Ausland sind verstärkte Anstöße zu Preissteigerungen ebenfalls nicht zu erwarten: Der Preisanstieg auf den Weltrohstoffmärkten wird wahrscheinlich bei vielfach elastischem Angebot und insgesamt nur mäßig steigender Nachfrage gedämpft bleiben.

Bei Nahrungsmitteln dürften – eine annähernd normale Ernte vorausgesetzt – die Preise für Saisonwaren, die wegen der schlechten Vorjahrsernte besonders hoch sind, deutlich sinken. Schließlich werden auch die Agrarpreisbeschlüsse der EG die Verteuerung von Nahrungsmitteln dämpfen. Hier werden die Verbraucher allerdings indirekt über die Finanzierung der erhöhten Subventionen an die Landwirtschaft zur Kasse gebeten.

Im Jahresschnitt 1984 werden die Verbraucherpreise etwas weniger als 3 vH über dem Vorjahr liegen, im zweiten Halbjahr um etwa 2,5 vH. Angesichts der konjunkturellen Verlangsamung im Jahre 1985 sind die Voraussetzungen für eine Fortdauer des ruhigen Preisclimas gegeben; 1985 dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise etwa 2,5 vH betragen.

Verwirrung um die Steuerreform

33. Die Bundesregierung hatte im Herbst 1983 angekündigt, daß im Frühjahr 1984 über die Reform des Einkommensteuertarifs und der Familienförderung entschieden werden sollte. Der Bundesfinanzminister hat daraufhin Ende März/Anfang April 1984 sein Reformkonzept vorgelegt. Am 20. Juni hat das Bundeskabinett einen Beschuß über Inhalt und Inkrafttreten der Steuerreform gefaßt. Es ist wahrscheinlich, daß – aufgrund des Widerstreits der Interessen und Auffassungen – die Diskussion um die endgültige Ausgestaltung der Reform anhalten wird. Besondere Kritik wird sich darauf richten, daß der Familienlastenausgleich im Vordergrund steht und daß die – aus konjunkturellen Gründen wie aus Wachstumserfordernissen – notwendige Förderung der Leistungsbereitschaft relativ schwach bleibt und zum Teil zeitlich verzögert wird.

34. Die Diskussion über die Steuerreform wird zunehmend unter nicht zutreffenden gesamtwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen geführt. Praktisch alle Politiker unterstellen, daß bei unverändertem Steuerrecht jenes Steueraufkommen zu erwarten sei, das entsprechend den amtlichen Steuervorausschätzungen den mittelfristigen Finanzplänen zugrundegelegt worden ist. Man erweckt den Eindruck, es gehe nun darum, eine Steuerentlastung gewissermaßen als Wohltat für alle oder einige Bürger zu beschließen. Tatsächlich wird sich aber die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gemäß der Zielprojektion der Bundesregierung bis zum Jahr 1988 nur dann einstellen, wenn die Leistungs- und Investitionsanreize über eine kräftige Einkommensteuerentlastung etwa ab 1986 verbessert werden und wenn über den gesamten Planungszeitraum hinweg maßvolle Lohnvereinbarungen abgeschlossen werden. Zumeist wird verkannt, daß es – will man die staatlichen Finanzen konsolidieren und zugleich das wirtschaftliche Wachstum fördern – die Alternative, auf die große Steuerreform zu verzichten, in Wirklichkeit nicht gibt. Senkt man die Einkommen- und Lohnsteuer nicht und bleiben die Lohnabschlüsse nicht außerordentlich zurückhaltend und entsprechen sie in ihrer Differenzierung nicht stärker den marktmäßigen Knappheiten, so fehlen die wachstums- und beschäftigungsfördernden Anreize, und die Zielprojektion wird Makulatur werden. Damit wäre auch die Grundlage für die Konsolidierung der Staatsfinanzen gefährdet.

35. Durch die Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer soll die Arbeits-, Investitions- und Risikobereitschaft gestärkt werden. Um die Leistungs- und Investitionsanreize zu stärken, kommt es insbesondere darauf an, die marginale Einkommensteuerbelastung deutlich, und zwar auf allen Einkommenstufen, zu senken. So sollte der – im internationalen Vergleich relativ hohe – Spaltensteuersatz von 56 vH auf etwa 50 vH gesenkt und der (verringerte) Spaltensteuersatz erst bei einem deutlich höheren Einkommen als bisher maßgebend sein. Der Anstieg des Grenzsteuersatzes von 22 vH (in der unteren Proportionalzone des gegenwärtigen Einkommensteuertarifs) auf diesen Spaltensteuersatz sollte gleichmäßig linear

verlaufen. Lediglich das gegenwärtig debatierte Tarifmodell T1 hat Ähnlichkeiten mit der hier skizzierten Reform.

36. Bei einer solchen grundlegenden Änderung des Steuertarifs sollten alle weiteren Steuerentlastungsmaßnahmen wie etwa die geplanten Vergünstigungen für die Landwirtschaft oder die beabsichtigte gesonderte Familienförderung unterbleiben. Die zusätzlichen Subventionen an die Landwirtschaft unterlaufen die Wirkungen des Abbaus des Grenzausgleichs, was unter Allokationsaspekten nicht gerechtfertigt werden kann. So sehr eine besondere Familienförderung auch als wünschenswert erscheinen mag, es ist zu bedenken, daß über eine Verstärkung der ökonomischen Anreize zuerst einmal mehr Realeinkommen geschaffen werden muß, bevor man es – auch an die Familien – verteilen kann.

37. Eine Steuerentlastung, die sich auf die beschriebene deutliche Verringerung der marginalen Steuersätze konzentriert, hätte rein rechnerisch im Jahr 1986, wenn man lediglich die kurzfristigen Wirkungen betrachtet, Steuermindereinnahmen in der Größenordnung von rund 25 Mrd. DM zur Folge. Wenn gleichzeitig die Steuervergünstigungen für verschiedene Arten der Einkommensverwendung wie zum Beispiel den Wohnungsbau und die Subventionen an Unternehmen in einer Größenordnung von 10 Mrd. DM abgebaut würden – dies erscheint nicht unmöglich –, so läge der gesamte Effekt bei etwa 15 Mrd. DM. Bezieht man die mittelfristigen positiven Wachstumswirkungen ein, so verringert sich das Defizit weiter. Dies gilt um so mehr, als der Subventionsabbau die Allokationsverzerrungen vermindert und damit zu Einkommens- und Wohlstandsgewinnen führt. Nicht zu vernachlässigen ist schließlich, daß bei geringerer Steuerbelastung wirtschaftliche Aktivitäten nicht weiter in die Schattenwirtschaft auswandern. Es ist durchaus plausibel, daß das Staatsdefizit Ende der achtziger Jahre bei einer großen Steuerentlastung zum 1.1.1986 nicht höher ausfällt als bei einer "kleinen Lösung", wie sie gegenwärtig aus Sorge um die Defizitwirkung vielfach propagiert wird. Daß das Haushaltsdefizit Ende der achtziger Jahre bei einer "kleinen Lösung" geringer wäre als bei einer substantiellen Steuerreform, ist auch aus einem anderen Grund nicht wahrscheinlich: Der Verzicht auf eine nachhaltige Steuersenkung dürfte nämlich bei einer Vielzahl von Politikern die Vorstellung nähren, es seien Staatseinnahmen vorhanden, die man zur Befriedigung von Gruppen- und Interessentenwünschen einsetzen könnte.

Summary

West Germany: Upswing Comes to an End

The recovery that had started at the turn of 1982/83 was interrupted in spring 1984. While optimistic assessments had accumulated early this year the official statistics now reveal that production and new orders declined already in March and April. Also, since the beginning of this year the improvement on the labor market has not continued. In addition, the weakness of the stock market as well as the results of the ifo-survey indicate that the upturn is interrupted. In the second quarter, the direct and indirect consequences of the dispute over the reduction of the workweek are likely to have led to a substantial loss of demand and output.

It must be doubted whether the upswing will gain momentum again in the second half of 1984. While on the one hand, the export performance is likely to remain strong – also due to the further increase of the price competitiveness of German firms –, domestic demand on the

other hand will tend to be weak, because monetary policy has been quite restrictive since autumn 1983. The propensity to invest will be further dampened, if the labor dispute results in a general reduction of the workweek, since this would affect profit expectations negatively.

Growth prospects are adversely affected by the fact that there is neither a credible concept for a tax relief nor a hope for a reduction of subsidies. On the contrary, subsidies have even been increased, not only for farmers but also for other groups.

It is likely, that - after the production loss due to the strike - there will be a catch-up effect during the summer. However, economic activity will not resume strength afterwards. In the latter part of 1984 real GNP will increase only with a rate equivalent to the potential growth. Because of this weak performance it must be expected that the structural problems of the West German economy will again become more obvious.

The Bundesbank has for some time met the preannounced targets for monetary expansion. However, this is only true in a formal sense, since she has allowed for a considerable instability within a calendar year. The target for 1983 was met only because - after the massive monetary expansion until mid 1983 - the money supply was almost held constant until the end of the year. This applies for the aggregate of central bank money - the target measure of the Bundesbank; even more accentuated is the deviation from a steady course for M1.

For 1984 as a whole, one could have expected positive effects from monetary policy, and the retarding effects of the restrictive course since autumn 1983 should not have materialized before mid-1984. Insofar the weakness of domestic demand this spring comes as a surprise. Since we expect only a moderate acceleration of monetary expansion in the coming quarters, the monetary impulses will - given the low expansion of recent months - remain limited for 1985.

In 1984, the effects of the expansionary fiscal measures will taper off. This policy of reducing the budget deficit is planned to be continued in 1985. Government expenditures will again not rise as fast as GNP, the tax burden is likely to increase due to the fiscal drag. There is, however, some indication that expenditures for subsidies and public service will be higher than planned.

Decisions on economic policy made now but becoming effective only in 1986 or later could nevertheless increase confidence already in 1984 or 1985 and thus give a stimulus to the economic development. Especially favorable would be a reform of the income tax that increases incentives and motivation. For our forecast it is assumed, however, that the debate about the reform will continue for some time - even after the decisions of the cabinet in June - and that the final decisions neither will come early enough nor will be so substantial as to have a significant impact on economic activity in 1985.

In the course of 1985, domestic as well as foreign demand will expand only moderately, real GNP is likely to increase only as fast as the potential, i.e. less than 2 percent. The uncertainty, however, is relatively high, since the future course of monetary and fiscal policy as well as the results of the wage round are difficult to assess. Unemployment will increase again in 1985 and average about 2.4 million. The low expansion of activity will dampen inflation, 1985 consumer prices are expected to increase by 2.5 percent over the year-earlier-level.